

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org]
Gesendet: Freitag, 02. Juli 2010 23:41
An: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE
Betreff: Gratiskindergarten wird infrage gestellt - Protestschreiben und Antwort des Bundeskanzleramtes; Protestsschreiben an Kärntner Landespolitiker
Anlagen: Erledigung Lex.pdf

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Kinder haben ein Recht auf Bildung – gegen die Wiedereinführung von
Gebühren für den Kindergarten

Antwort des Bundeskanzleramtes vom 30. Juni 2010

Übersicht

-

[SCHREIBEN VOM 27. APRIL 2010](#)

[ANTWORT DES BUNDESKANZLERAMTES VOM 30. JUNI 2010:](#)

[KÄRNTEN BESCHLIEßT ALS ERSTES BUNDESLAND, DEN
GRATISKINDERGARTEN FÜR 3-4JÄHRIGE NICHT MEHR ALS BILDUNGS-
SONDERN ALS SOZIALEINRICHTUNG ZU BETRACHTEN UND DAHER WIEDER
GEBÜHREN ZU VERLANGEN](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.
Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und
Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen
werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin
enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen
angeführte E-Mail-Adressen ←

Schreiben vom 27. April 2010

An die Österreichische Bundesregierung

iv@bka.gv.at

An das Österreichische Parlament

barbara.prammer@parlament.gv.at

An die Landeshauptfrau/Landeshauptmänner

vst@vst.gv.at

An die Präsidenten des Gemeinde- und Städtebundes

oesterreichischer@gemeinebund.gv.at

post@staedtebund.gv.at

Plattform EduCare

Steuerteam@Plattform-EduCare.org

Kinder sind unsere Zukunft.

Kinder haben ein Recht auf Bildung.

Sehr geehrte Damen und Herren der Österreichischen Bundesregierung!
 Sehr geehrte Frau Präsidentin des Nationalrates, sehr geehrte Damen und Herren
 Parlamentarier!
 Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrte Herren Landeshauptmänner!
 Sehr geehrte Präsidenten!

Die Bildung, Betreuung und Erziehung von Geburt an gilt als Schlüsselfaktor für den
 späteren Lern- und Lebenserfolg und ist einer der zentralen Bausteine, um die
 Bildungsfähigkeit benachteiligter Kinder zu verbessern.

„Die Politik“ scheint anderes auf dem Plan zu haben.

Statt sich zum Ziel zu setzen, frühkindliche Bildung in Österreich nachhaltig in
 Gesellschaft, Politik und Wissenschaft zu verankern und ein interdisziplinäres
 Netzwerk mit Partnern aus Forschung, Praxis, Politik und Gemeinwesen aufzubauen,
 wird gejammert, wird in Frage gestellt, werden die richtigen Prioritäten (wieder
 einmal) nicht gesetzt!

Die Budgetsäcke sind leer – aber anstatt etwa den konstruktiven Vorschlägen von
 WIFO und Rechnungshof zu folgen, will man bei den Kleinsten zu sparen anfangen.

[Landeshauptmann Voves](#) (SP), [Staatssekretär Lopatka](#) (VP),
[Gemeinebundpräsident Mödlhammer](#) (VP), Salzburgs [Bürgermeister Schaden](#) (SP),
 in abgeschwächter Form Wiens Bürgermeister und Städtebundpräsident [Häupl](#) (SP),
[Vizekanzler Pröll](#) (VP) – um nur einige zu nennen - richten ihre (politische) Gewalt
 gegen die Kinder.

Erstes Opfer: der Gratiskindergarten.

Dabei gab es eine bemerkenswerte Einigkeit zwischen den Parteien
 (Marek/Heinisch-Hosek/Schmied) über den Stellenwert der frühkindlichen Bildung...
 Und die Bundesländer haben überraschend schnell nach den zusätzlichen
 Budgetmittel gegriffen...

Gewiss: die Quantität wurde dabei (zunächst) über die Qualität gestellt.
 Und damit nur allzu offensichtliche Angriffsflächen geschaffen. Aber: es wurde

gestaltet, es wurde, endlich, eine jahrzehntelange Misere in der österreichischen Bildungslandschaft konstruktiv zu überwinden [angefangen](#).

Erste – noch nicht voll befriedigende - Schritte, auch die Qualität zu steigern sind gesetzt: [Sprachförderung](#) und [BildungsRahmenPlan](#).

Auch das ExpertInnen-Papier über die [PädagogInnen-Ausbildung NEU](#) scheint ein nicht allzu überzeugender Versuch geblieben zu sein, der nun der Konkretisierung harrt...

„Die öffentliche Finanzierung von Kindergartenplätzen ist ein politisches Bekenntnis dazu, dass die Förderung von Klein- und Vorschul-Kindern eine fundamentale, gesellschaftliche Notwendigkeit mit beträchtlichen Auswirkungen sowohl auf das einzelne Kind als auch auf das ganze Land bedeutet.“ ([Doris Knecht](#))

**Frühkindliche Förderung ist eine Investition in die Zukunft.
Was ein Land für die Kleinkinder tut, bekommt es später hundertfach zurück.**

Engagierte Eltern, Mütter, Väter, Berufsgruppen und TrägerInnen-Einrichtungen fordern seit langem, dass der Bund für den elementaren Bildungsbereich - ebenso wie für den übrigen Bildungsbereich - Verantwortung übernehmen soll. Einerseits, um bundesweit einheitlich gesetzlich geregelte Bedingungen für MitarbeiterInnen, Träger-Vereine und Eltern zu schaffen, andererseits um für die festzulegenden Qualitätsstandards die entsprechenden finanziellen Mittel bereit zu stellen und die notwendige Quantität der Einrichtungen zu sichern. Die Personalentwicklung und Umsetzung von Bildungsplänen sollten bei den Ländern und Gemeinden bleiben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister als Präsident des Österreichischen Städtetages!

Umfangreiche Konzepte und Ideen für eine auch wirtschaftlich sinnvolle Neuordnung der vorschulischen Bildungslandschaft gibt es seit langem, von den [Sozialpartnern](#), von den in der [Plattform EduCare vereinten Berufsvertretungen und TrägerInnenvereinigungen](#), von politischen Parteien und anderen mehr: sie müssen nur eingefordert und endlich auch ernst genommen werden. Und nicht wie unsere seinerzeit an Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Pröll zur Unterstreichung der notwendigen Reformen im elementaren und außerschulischen Bildungsbereich übergebenen [Unterschriftenlisten der ElementarpädagogInnen und Mitengagierten](#) irgendwo in den Archiven abgelegt werden.

Das Zusammenwirken von Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Beschäftigungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Bundesländern und Gemeinden, der Sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen sowie der Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Universität sollten von der Politik aktiv eingefordert und umgesetzt werden.

Und zwar ohne ideologische/konfessionelle und regionale Beschränktheiten.

Aber das ist wohl ein Umdenkprozess, der in Bund und Ländern noch intensiver „Frühförderung“ bedarf.

„Geht es nach Wissenschaftsministerin Beatrix Karl, könnten SPÖ und ÖVP gemeinsam eine Gesamtreform der Bildung vom Kindergarten bis zur Uni ausarbeiten.“ heißt es in einer [APA-Aussendung](#).

Ich meine:

- eine Gesamtreform in der Regulierung aller Bildungs- und Betreuungseinrichtungen;
- eine Gesamtreform in der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller PädagogInnen;
- eine Gesamtreform in der Durchlässigkeit des beruflichen Einsatzes während des gesamten Berufslebens der PädagogInnen: von den Elementar- über die Primar- und Sekundar- bis zu den im tertiären Bereich tätigen PädagogInnen;

ist dringend erforderlich.

Und zwar inhaltlich, organisatorisch und finanziell.

Wie sagt Vizekanzler Pröll im "trend"-Gespräch? "Dass sich jeder einmal positioniert, verstehe ich. Am Ende muss eine Lösung stehen. Die "Diskussion wird hart, aber professionell werden".

Sehr geehrte Damen und Herren der Österreichischen Bundesregierung!
Sehr geehrte Frau Präsidentin des Nationalrates, sehr geehrte Damen und Herren Parlamentarier! Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrte Herren Landeshauptmänner! Sehr geehrte Präsidenten!

Umfangreiche Konzepte und Ideen für eine auch wirtschaftlich sinnvolle Neuordnung der vorschulischen Bildungslandschaft gibt es seit langem, von den [Sozialpartnern](#), von den in der [Plattform EduCare vereinten Berufsvertretungen und TrägerInnenvereinigungen](#), von politischen Parteien und anderen mehr: sie müssen nur eingefordert und endlich auch ernst genommen werden. Und nicht wie unsere seinerzeit an Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Pröll zur Unterstreichung der notwendigen Reformen im elementaren und außerschulischen Bildungsbereich übergebenen [Unterschriftenlisten der ElementarpädagogInnen und Mitengagierten](#) irgendwo in den Archiven abgelegt werden.

Ich ersuche Sie daher dringend, sich nicht darauf zu beschränken, finanzielle Sicherstellung (von der jeweils anderen Körperschaft) für die Bildung und Erziehung in Österreich einzufordern, sondern auch im jeweilig eigenen Bereich konstruktive Schritte für die Sicherstellung und den Ausbau des bisher für unsere Kinder (und damit für uns alle!) Erreichten in die Wege zu leiten und zu gewährleisten. Verwaltungs- und Verfassungsänderungen würden meines Erachtens das erleichtern und auch die ins Treffen geführte finanzielle Lage verbessern. Vordergründige Sparüberlegungen in diesem Bereich sind eindeutig der Weg in die falsche Richtung!

Mit freundlichen Grüßen

Johannes-Maria Lex

Antwort des Bundeskanzleramtes vom 30. Juni 2010:

→ Siehe pdf-Beilage „Erledigung Lex“

Kärnten beschließt als erstes Bundesland, den Gratiskindergarten für 3-4jährige nicht mehr als Bildungs- sondern als Sozialeinrichtung zu betrachten und daher wieder Gebühren zu verlangen

→ Mögliches **Protestschreiben** siehe unter http://www.facebook.com/PlattformEduCare?v=app_2347471856

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype:



E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.